Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Stieghorst	30.08.2012	öffentlich
Stadtentwicklungsausschuss	04.09.2012	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Beschluss über den Erlass einer Sondersatzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der Alte Detmolder Straße zwischen Detmolder Straße und Christophorusstraße

Betroffene Produktgruppe

11 12 01 Planen, Bauen, Refinanzierung

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

keine

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

keine

Sachverhalt:

In der Sitzung der BV Stieghorst am 31.05.2012 (TOP 10) und des Stadtentwicklungsausschusses am 05.06.2011 (TOP 7) (Drucksachen-Nr. 4069/2009-2014) wurde die Frage nach der Verhältnismäßigkeit des Verwaltungsaufwands für die Beitragserhebung zur erzielbaren Beitragseinnahme (hier: ca. 556 €) gestellt. Dazu folgende Information:

Nach der gesetzlichen Vorgabe „sollen“ Ausbaubeiträge erhoben werden (§ 8 Abs. 1 Satz 2 Kommunalabgabengesetz - KAG - NRW). Dieses „Sollen“ ist nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung in der Regel einem „Müssen“ gleichzusetzen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass den Grundstückseigentümern durch die straßenbaulichen Arbeiten der Gemeinde ein besonderer wirtschaftlicher Vorteil zukommt, der durch eine Geldleistung ausgeglichen werden soll, der Beitrag also dem Vorteilsausgleich dient.

Bei einem Verzicht auf eine Beitragserhebung und folglich einer Finanzierung der straßenbaulichen Maßnahmen aus allgemeinen Steuermitteln erhielten die Grundstückseigentümer als Vorteilsempfänger die zusätzlichen Vorteile aber entgeltlos auf Kosten der Allgemeinheit. Zur Vermeidung solcher entgeltlosen Bereicherungen sind die Gemeinden verpflichtet, zunächst ihre Einnahmen aus speziellen Entgelten - also Gebühren und Beiträgen - zu sichern und erst nachrangig Steuern zu erheben (§ 76 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW).

Ein Abweichen vom Regelfall der Beitragserhebung ist deshalb nur zulässig, wenn besondere, als atypisch anzusehende Umstände dies rechtfertigen. Nur in diesem Rahmen steht den Gemeinden ein - nach Allem sehr enger - Ermessensspielraum zu. So ist ein Absehen von einer

Beitragserhebung insbesondere dann zulässig, wenn die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zu dem Betrag stehen **und** der Betrag niedriger als zehn Euro ist (§ 13 Abs. 1 KAG NRW).

Die Vorschrift im Wortlaut:

§ 13
Kleinbeträge, Abrundung

(1) Es kann davon abgesehen werden, Abgaben und abgabenrechtliche Nebenleistungen festzusetzen, zu erheben, nachzufordern oder zu erstatten, wenn der Betrag niedriger als 10 Euro ist und die Kosten der Einziehung oder Erstattung außer Verhältnis zu dem Betrag stehen, es sei denn dass wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles eine Einziehung geboten ist.

Von dieser Regelung wird - in den seltenen Fällen, in denen diese Voraussetzungen erfüllt sind - bereits Gebrauch gemacht. Im konkret angesprochenen Fall werden die gesetzlichen Vorgaben hierfür nicht erfüllt.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.